



---

## Aktueller Begriff

### Zum 200. Geburtstag Otto von Bismarcks

---

Vor 200 Jahren, am 1. April 1815, wurde Otto von Bismarck als Sohn eines Rittmeisters in Schönhausen bei Stendal geboren. Wegen seiner herausragenden Verdienste um die Reichseinigung von 1871, seiner erfolgreichen Außenpolitik, aber auch aufgrund seiner maßgeblichen Beiträge zur Errichtung eines modernen, effizienten Verwaltungsstaats und der Etablierung einer fortschrittlichen Sozialpolitik gilt Bismarck vielen als der bedeutendste deutsche Staatsmann des 19. Jahrhunderts, der in der deutschen und europäischen Geschichte tiefe Spuren hinterlassen hat. Auf der anderen Seite zählt der gewiefte Strategie, der im Interesse des Machterwerbs und der Machterhaltung bedenkenlos seine Bündnispartner wechselte und auch vor der Verschärfung von Spannungen und Spaltungen bis hin zur Ausgrenzung breiter Bevölkerungskreise wie dem katholischen Milieu, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft oder den im Reich ansässigen Polen nicht zurückschreckte, bis heute zu den umstrittensten Figuren der deutschen Politik.

Otto von Bismarck studierte von 1832 bis 1835 Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Berlin. Das anschließende Referendariat brach er vorzeitig ab und bewirtschaftete seit 1839 einen Teil der väterlichen Güter in den preußischen Provinzen Pommern und Sachsen. In dieser Zeit sammelte Bismarck auch erste politische Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung. Zeitgleich nahm er Kontakt zu führenden Vertretern des altpreußischen Konservatismus um die Gebrüder Gerlach auf. Im Preußischen Vereinigten Landtag 1847/1848 agierte er als entschiedener Sachwalter der Vorrechte des landbesitzenden preußischen Adels, der jegliche liberale Reformen ablehnte. Dies brachte ihm in konservativen Kreisen, aber auch beim preußischen König Friedrich-Wilhelm IV. hohe Anerkennung ein. Die Märzrevolution von 1848/49 bekämpfte er aktiv auf Seiten der konservativen Gegenrevolutionäre. Mit seiner Wahl in die 2. Kammer des Preußischen Abgeordnetenhauses im Juli 1849 und seiner Übersiedlung nach Berlin wechselte Bismarck hauptberuflich in die Politik. 1850 übernahm er zusätzlich ein Mandat im Erfurter Unionsparlament, das nach dem Willen mehrerer deutscher Fürsten die nationale Einheit auf konservativ-föderalistischer Grundlage herbeiführen sollte. Obwohl er dem Parlamentarismus grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, galt Bismarck schon bald als einer der besten Parlamentsredner seiner Zeit. Anfangs noch fest im antimodernistisch-konservativen Lager verankert, wandelte er sich zunehmend zu einem pragmatischen, effizienzorientierten Politiker, der mit seinem abwägenden, flexiblen Argumentationsstil und der Befürwortung einer ideologiefreien staatlichen Macht- und Interessenpolitik in höchsten Staats- und Regierungskreisen auf sich aufmerksam machte. 1851 wurde Bismarck zum preußischen Gesandten beim Bundestag in Frankfurt am Main ernannt, wo er sich v.a. für die Gleichberechtigung Preußens mit der Habsburgermonarchie im Deutschen Bund einsetzte. Nach weiteren Stationen als preußischer Gesandter in St. Petersburg (1859-1862) und Paris (1862) ernannte ihn König Wilhelm I. im Herbst 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten und Außenminister. Grundlage hierfür war die besondere Vertrauensstellung, die sich Bismarck bei Wilhelm I. mit der Zusicherung unbedingter Loyalität erworben hatte und die ihm bis zum Ende seiner Amtszeit weitreichende Vollmachten sicherte.

Die uneingeschränkte Wahrung der königlichen Rechte, die vorrangige Orientierung an staatlichen Machtinteressen sowie die strikte Ablehnung einer vom Parlament bestimmten konstitutionellen Regierungsweise waren für Bismarck während seiner langen Regierungszeit als preußischer Ministerpräsident, später auch als Kanzler des Norddeutschen Bundes (1867-1871) und des Deutschen Reiches (1871-1890), oberste Regierungsmaximen. Dies wurde schon zu Beginn seiner Amtszeit deutlich, als er die von der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus abgelehnte Heeresreform mit verfassungsrechtlich fragwürdigen Mitteln, nämlich ohne einen vom Parlament ordnungsgemäß verabschiedeten Haushalt, durchsetzte. Eine nachhaltige Schwächung der liberalen Opposition gelang ihm trotz des Einsatzes repressiver Mittel während des preußischen Verfassungskonflikts jedoch nicht. Dies erreichte er erst durch seine außenpolitischen Erfolge: Mit den für Preußen siegreich geführten Einigungskriegen (deutsch-dänischer Krieg 1864, preußisch-österreichischer Krieg 1866, deutsch-französischer Krieg 1870/71), die 1866 zunächst die Gründung des Norddeutschen Bundes und schließlich am 18. Januar 1871 die Gründung des Deutschen Reichs zur Folge hatten, konnte Bismarck eines der großen Ziele der liberalen Bewegung, die nationale Einheit, realisieren. Dieser Erfolg markiert nicht nur den Höhepunkt seiner Regierungszeit, sondern führte auch zur Spaltung der Liberalen. Während die Fortschrittspartei oppositionell blieb, waren die Nationalliberalen fortan neben den Konservativen für lange Zeit sein wichtigster innenpolitischer Bündnispartner.

Die auf Bismarck zugeschnittene Verfassung des Norddeutschen Bundes, die nach Beitritt der süddeutschen Länder 1871 mit geringen Änderungen auch Reichsverfassung wurde, konstituierte einen bürokratischen Obrigkeitsstaat auf föderaler Grundlage. In diesem hatte die Exekutive gegenüber dem in seinen Teilhaberechten begrenzten Parlament machtpolitisch ein klares Übergewicht. Daran änderte auch das aus rein taktischen Gründen eingeführte demokratische Reichstagswahlrecht nichts. Bismarck prägte als nur dem Kaiser, nicht dem Reichstag verantwortlicher Reichskanzler und als Vorsitzender des Bundesrats (Ländervertretung) die Gesetzgebung und bestimmte zwei Jahrzehnte lang den politischen Kurs des Kaiserreichs. Außenpolitisch gelang es ihm, durch Verzicht auf weitere Expansionen die internationale Anerkennung des Deutschen Reichs zu erlangen. Zugleich etablierte er ein auf dem Gleichgewicht der Kräfte beruhendes, durch ein fein austariertes Bündnissystem abgesichertes, stabiles Mächtesystem, das trotz zunehmender Fragilität lange Zeit den Frieden in Europa gesichert hat. Innenpolitisch entwickelte sich das Kaiserreich während Bismarcks Amtszeit zu einem effizienten Verwaltungsstaat mit einer einheitlichen Wirtschafts- und Finanzverfassung, in dem innerhalb der obrigkeitsstaatlichen Grenzen das Rechtsstaatsprinzip zur Geltung kam. Gleichwohl konnte die innere Einheit nicht hergestellt werden. Hierfür war Bismarcks macht- und interessengeleitete Herrschaftstechnik, die das Ausmanövrieren der verschiedenen Kräfte und das Regieren mit wechselnden Mehrheiten ebenso umfasste wie die unnachgiebige Bekämpfung und Ausgrenzung seiner Gegner, wesentlich verantwortlich. Zwar waren Bismarcks machtpolitisch motivierte Bemühungen, den politischen Einfluss des ultramontanen Katholizismus bzw. des Zentrums im sogenannten Kulturkampf nach 1871 zurückzudrängen, ebenso vergeblich wie die Bekämpfung der aufstrebenden Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz. Aber die dadurch bewirkten langfristigen sozialen und politischen Spaltungen belasteten auf lange Zeit die politische Kultur und konnten auch nicht durch Maßnahmen wie die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung überwunden werden, obwohl diese zur Linderung der sozialen Not beitrugen und bis heute Grundlage des deutschen Sozialstaats sind.

Nach einer Reihe politischer Fehlschläge und vor dem Hintergrund tiefgreifender Differenzen mit dem neuen Kaiser Wilhelm II. erfolgte am 20. März 1890 Bismarcks Entlassung als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident. Er starb am 30. Juli 1898 in Friedrichsruh bei Hamburg.

#### Literatur

- Engelberg, Ernst (2014). Bismarck. Sturm über Europa. München: Siedler Verlag.
- Gall, Lothar (1993). Bismarck – Der weiße Revolutionär. Frankfurt a.M.: Ullstein-TB-Verlag.
- Mommsen, Wolfgang J. (2001). Otto von Bismarck (1818-1898). In: Fröhlich, Michael (Hrsg.). Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt: Primus Verlag, S. 52-64.
- Nonn, Christoph (2015). Bismarck: Ein Preuße und sein Jahrhundert. München: Beck